

## PROTOKOLL

über die 13. Sitzung des Orsrates Buer am Donnerstag, den 20.06.2019,  
Hotel & Restaurant "Bueraner Hof", Kampingring 19, 49328 Melle

**Sitzungsnummer:** ORBU/017/2019  
**Öffentliche Sitzung:** 19:00 Uhr bis 21:54 Uhr  
**Nicht öffentliche Sitzung:** Uhr bis Uhr

### **Anwesend:**

#### **Ortsbürgermeister**

Dieter Finke-Gröne

#### **stellv. Ortsbürgermeister**

Arend Holzgräfe

#### **Ortsratsmitglied**

Ernst-Heinrich Albersmann

Mirco Bredenförder

Uwe Bressert

Lars Ewering

Sandra Görtz

Peter Gromm

Wilhelm Hunting

Dirk Kath

Hannelore Ostheimer-André

Barbara Rolle

Frank Schlattmann

Ursula Thöle-Ehlhardt

Sabine Wehrmann

#### **ProtokollführerIn**

Marion Strauß

#### **von der Verwaltung**

Jeanette Kath

Dipl.-Ing. Alexander Reuschel

Presse

Herr Hengehold

### **Abwesend:**

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 13. März 2019
- TOP 5 Berichte
- TOP 5.1 Ortsbürgermeister
- TOP 5.2 Verwaltung
- TOP 6 Bebauungsplan "Erweiterung Gewerbepark Buer", Melle-Buer - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 2019/0054
- TOP 7 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Melle im Bereich "Buersches Feld", Melle-Buer  
- Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 2019/0055
- TOP 8 Bebauungsplan "Wohnpark Groenen Feld - 1. Änderung", Melle-Buer  
- Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 2019/0170
- TOP 9 Straßenumstufung Buer -Sachstand  
Vorlage: 2019/0134
- TOP 10 Bericht zur weiteren Vorgehensweise
- TOP 10.1 Zum Projekt "barrierefreie Kirchhofsburg"
- TOP 10.2 Zur Enderschließung der Tittingdorfer Straße
- TOP 10.3 Zur Radwegeplanung zum Lückenschluss im Huntetal
- TOP 11 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Markendorf  
Vorlage: 2019/0067
- TOP 12 Finanzierungsantrag Netzwerk Jugendhaus Buer e.V.
- TOP 13 Antrag auf Straßenumbenennung des Herrn Meyer zu Tittingdorf
- TOP 14 Aufstellen eines Verkehrsspiegels im Einmündungsbereich Theodor-Heuss-Straße
- TOP 15 Abgrenzung der Rechte und Pflichten von Ortsrat und Ortsbürgermeister gemäß §92 und §93 NkomVG
- TOP 16 Berichte aus den Arbeitskreisen
- TOP 17 Wünsche und Anregungen

## Öffentlicher Teil

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Ortsbürgermeister eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Gäste, insbesondere Herrn Reuschel vom Bauamt der Stadt Melle. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

### **TOP 2 Einwohnerfragestunde**

Herr Tiemeier erkundigt sich, ob dem Ortsrat bekannt ist, wann mit den Sanierungsmaßnahmen für die Kreisstraße 204 begonnen wird.

Ortsbürgermeister erklärt, dass ihm keinerlei Informationen vorliegen.

Herr Buermann bringt die Verunsicherung der Anlieger der Tittingdorfer Straße zum Ausdruck. Es liegen keine verlässlichen Auskünfte über den Sachstand der Erschließungsmaßnahme vor. Auch im Rahmen der stattgefundenen Informationsveranstaltung in der Alten Stadthalle hat es von Herrn Hensiek keine klare Aussage bezüglich der möglichen Kosten, der Zeitspanne etc. gegeben. Er wünscht sich eine klare und verbindliche Information der Anlieger und bemängelt die Vorgehensweise der Stadt Melle. Beachtet werden muss hierbei auch die künftige Bebauung der noch freistehenden Grundstücke. Er richtet die Bitte an die Stadt Melle, die Anlieger - ggf. durch ein weiteres Informationsgespräch - über den aktuellen Sachstand umfassend zu informieren.

Ortsbürgermeister hat den Kenntnisstand, dass vom Tiefbauamt eine Kostenschätzung abgegeben wird. Das ist bisher nicht erfolgt. In der letzten Ortsratssitzung wurde durch einen Anlieger die Bitte geäußert, den Endausbau zu verschieben, bis die ausstehenden Bauvorhaben abgeschlossen sind. Er verweist auf den entsprechenden Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung. Die Erschließungsmaßnahme wird nach seiner Kenntnis nach altem Recht abgerechnet, was eine 10 %-ige Kostenbeteiligung der Anlieger bedeuten würde.

Herr Buermann verweist hier auf die widersprüchlichen Aussagen zu diesem Punkt. Er wünscht sich daher eine konkrete Information.

Herr Bahr stellt die Frage, warum das Beet an der Querungshilfe am EDEKA derzeit nicht bepflanzt ist. Außerdem erfragt er den Sachstand Bepflanzung/Pflege des Kreisels „Auf Torf“ durch den Traktorenverein in Meesdorf.

Betreffend die Bestückung des Kreisels antwortet Herr Holzgräfe, dass der Verein kein Interesse mehr an der Gestaltung hat.

Frau Kath sagt zu, dass sich das Bürgerbüro um die Bepflanzung des Beetes an der Querungshilfe kümmert. Herr Kallert sowie Herr Gromm können aus gesundheitlichen Gründen die Pflanzarbeiten nicht mehr durchführen.

Ortsbürgermeister begrüßt Herrn Hengehold vom Meller Kreisblatt.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Ortsbürgermeister stellt die Änderung der Tagesordnung – Vorziehen der TOPs 11,12 und 13 – zur Abstimmung. Weiter teilt er mit, dass Herr Große-Johannböcke die Teilnahme an der Sitzung abgesagt hat und ggf. für diese Punkte Herr Reuschel einige Informationen geben wird.

Der Ortsrat beschließt einstimmig, die Tagesordnungspunkte 11, 12 und 13 nach dem Tagesordnungspunkt 5.2 zu beraten.

## **TOP 4      Genehmigung des Protokolls vom 13. März 2019**

Ortsbürgermeister stellt die Genehmigung der Tagesordnung zur Abstimmung.  
Herr Hunting führt aus, dass er Ergänzungen wünscht. Diese beziehen sich auf:

- Seite 11 Nichtöffentliche Sitzung TOP 1 „Innerörtliche Bebauung“.

Nach der Vorstellung durch das Planungsbüro schloss sich eine Aussprache unter Einbeziehung von Nichtortsratsmitgliedern an. Nach seiner Einschätzung und nach Auffassung seiner Fraktion ist dieses nach dem Nds. Kommunalverfassung unzulässig und hätte vom Vorsitzenden unterbunden werden müssen. Daher bittet er darum, dass dem Protokoll ein Vermerk angehängt wird, dass die protokollierten Aussagen vor der unzulässigen Rechtslage gemacht wurden und dementsprechend zu werten sind.

- Seite 13 Nichtöffentliche Sitzung TOP 2 „Ökologischer Ausgleich Wohnpark „Groenen Feld“.

Hier bittet er darum, dass neben dem beschlossenen Antrag auch die Begründung, die in der Sitzung vorgetragen wurde, im Protokoll mit aufgeführt wird.

Das Protokoll wird mit der Änderung mehrheitlich mit 6 Enthaltungen genehmigt.

Frau Rolle bemängelt die lange Dauer von der Erstellung des Protokolls zur stattgefundenen Sitzung. Sie befürchtet, dass die Beschlüsse dann ebenfalls sehr spät an die Verwaltung gegeben werden.

Frau Kath erklärt, dass die Beschlüsse zeitnah, d. h. einen Tag nach der Sitzung, in das Netz eingestellt werden und bezüglich der späten Verteilung musste durch Frau Wiesemann bei der Stadt Melle noch die Frage der Befangenheit etc. geklärt werden.

Für Frau Rolle hat das Protokoll nichts mit der Klärung der Befangenheit zu tun. Das Protokoll stellt lediglich fest, was in der Sitzung stattgefunden hat.

Ortsbürgermeister erläutert, dass es von der Stadt Melle nicht vorher freigegeben wurde.

## **TOP 5      Berichte**

### **TOP 5.1    Ortsbürgermeister**

Ortsbürgermeister berichtet über:

- die einzige im Rahmen des ILE-Projektes in Buer geförderte Maßnahme „Wassermühle in Bulsten“. Die anderen Projekte wurden bekanntermaßen abgelehnt.

- die Eingabe eines Bürgers betreffend den starken LKW-Verkehr im Bereich der Kirchhofsburg. Er hat den Beschwerdeführer auf die bereits vorhandene Verkehrsplanung hingewiesen, die abhängig ist von der ausstehenden Umstufung der Straßen. Er hat mit der Landesstraßenbaubehörde in Osnabrück gesprochen, ob nicht Schilder mit einem Hinweis auf die Ortskernentlastungsstraße aufgestellt werden können. Der Beschwerdeführer wurde von ihm entsprechend unterrichtet.

- die Antwort von Herrn Kunze vom Gebäudemanagement bezüglich der Aufstellung eines Schulpavillons. Danach muss erst eine Bedarfsplanung und –prüfung durch die Schulbehörde erfolgen. Dieses hat er Frau Grobe mitgeteilt und sie gebeten, auf kleinem Dienstweg zu klären, wie es hier zu einer schnellen Lösung kommen kann. Das hat sie seiner Kenntnis nach auch getan.

Frau Thöle-Ehlhardt unterstreicht die Wichtigkeit, das Projekt auf kleinem Dienstweg möglichst schnell weiter voranzubringen, damit die Schüler nicht die Motivation verlieren, sich an derartigen gesellschaftlich relevanten Themen und Entwicklungen zu beteiligen. Ggf. sollte der Ortsbürgermeister sich nochmal persönlich an die Stadt wenden.

Ortsbürgermeister gibt die Einladung des Schützenvereins zum Sommerfest am 22.06.2019 an den Ortsrat weiter.

Herr Holzgräfe berichtet für die Kirchengemeinde über

- den Neubau der 4 Seniorenwohnungen, die mittlerweile bezogen sind. Ein Tag der offenen Tür soll nachgeholt werden.
- über das Richtfest im Kindergarten am 26.06. um 16.00 Uhr. Hier spricht er im Namen des Kirchenvorstandes und der Kindergartenleitung dem Ortsrat eine Einladung aus. Aufgrund der räumlichen Situation wird beim Richtfest der Teilnehmerkreis etwas kleiner gehalten. Einen Tag der offenen Tür für die gesamte Gemeinde wird es im Frühjahr 2020 geben.

## **TOP 5.2 Verwaltung**

Frau Kath erklärt, dass sie keine Punkte für den Bericht der Verwaltung hat.

## **TOP 6 Bebauungsplan "Erweiterung Gewerbepark Buer", Melle-Buer - Aufstellungsbeschluss Vorlage: 2019/0054**

Herr Reuschel gibt im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation einen Überblick über den Planungsstand. Insbesondere geht es um die Erweiterungspläne der Firma NTF und hierfür bedarf es der Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes, da sich die Erweiterung über die Grenzen des alten B-Planes sowie Flächennutzungsplanes hinaus erstrecken wird. Außerdem werden auch die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes berührt. Der Geltungsbereich des B-Planes für die Erweiterung ist bewusst großzügig gefasst worden, um die Voraussetzungen für weitere Ansiedlungen zu schaffen. Seitens des Landkreises wurde eine Zustimmung für die Änderung der Landschaftsschutzgebietsgrenzen signalisiert. Mit der betroffenen Firma muss ein städtebaulicher Vertrag geschlossen werden, in dem alle planungsrelevanten Fragen, wie u.a. die Abwicklung der Kompensationsmaßnahmen, geregelt werden. Bei diesen Aufstellungsbeschlüssen handelt es sich um den ersten Planungsschritt.

Herr Bredenförder begrüßt ausdrücklich diese gute Vorlage und die damit verbundene größer gefasste Planungsfläche. Hier werden auch für andere Betriebe Perspektiven zur Ansiedelung geschaffen. Ebenso begrüßt er die Zustimmung des Landkreises zur Änderung der Landschaftsschutzgebietsgrenzen und somit sind die Voraussetzungen für eine zeitnahe Umsetzung gegeben. Die Erweiterung der Firma NTF ist dringend notwendig, auch im Hinblick auf die zusätzlichen Arbeitsplätze, die dort entstehen. Die Perspektive, dass die Firma ihren Standort an der Hilgensele mittelfristig aufgibt, schafft eine Entlastung für die Anwohner, da bei einem derart großen Produktionsbetrieb mitten im Ort automatisch Konfliktpotential gegeben ist. Im Namen seiner Fraktion stimmt er der Vorlage zu.

Herr Hunting schließt sich an und stellt als Knackpunkt den Eingriff in das bestehende Landschaftsschutzgebiet heraus. Seine Fraktion hält mehrheitlich eine Änderung der Landschaftsgrenzen für vertretbar, wenngleich bei der weiteren Planung bestimmte Anforderungen und Hinweise mit einbezogen werden müssen. Im Wesentlichen nennt er den ökologischen Ausgleich für den bisherigen Geltungsbereich des Gewerbegebietes. Dieser ist seit 30 Jahren nicht erfolgt und die Zustimmung erfolgt nur unter der Voraussetzung, dass die Umsetzung, wenn nicht direkt im Gewerbegebiet, dann zumindest in der Nähe erfolgen muss. Genauso ist bei der Neuentwicklung der ökologische Ausgleich mit zu beachten und auch dieser muss aus Sicht seiner Fraktion zwingend in unmittelbarer Nähe des Planungsraumes erfolgen. Er gibt weiter den Hinweis, aus Gründen eines schonenden Landschaftsbildes, auf die Aufstellung eines B-Planes für die im alten Flächennutzungsplan vorgesehene Erweiterungsfläche auf der südöstlichen Seite der Ortskernentlastungsstraße verzichtet werden sollte. Dieses ist bei der weiteren Planung mit zu berücksichtigen. Aus Sicht seiner Fraktion sollte dem Aufstellungsbeschluss einschließlich dieser Anmerkungen zugestimmt werden.

Frau Thöle-Ehlhardt möchte nach der Darstellung der Fakten die Möglichkeit zur Fragestellung bekommen. Sie fragt, ob sich die für die Firmenerweiterung geplante Fläche komplett im Landschaftsschutzgebiet befindet.

Herr Reusche erläutert anhand der Zeichnung welche Parzellen außerhalb der Grenzen des Landschaftsschutzgebietes vorgesehen sind.

Frau Thöle-Ehlhardt gibt im Namen ihrer Fraktion folgende Stellungnahme ab:

Die Notwendigkeit, Voraussetzungen für eine Erweiterung der ortsansässigen Firma zu schaffen, wird gesehen. Die Entscheidung für diese Erweiterungspläne wird mitgetragen. Sehr skeptisch sieht sie aber die vorschnelle, weitergehende Veränderung des Bereichs des Landschaftsschutzgebietes. Es gibt hier viele ungeklärte Fragen, u. a. den seit 30 Jahren fehlenden ökologischen Ausgleich und die künftigen Umsetzungspläne in unmittelbarer Nähe. Aus ihrer Sicht ist ein Landschaftsschutzgebiet ein sehr sensibler Bereich und gerade im Hinblick auf das aktuelle Thema Klimaschutz ein äußerst schutzwürdiger Raum. Dem Natur- und Landschaftsschutz muss künftig viel mehr Beachtung geschenkt werden. Ihre Fraktion hat sich entschieden, der großen Lösung nicht zuzustimmen. Die Firma NTF soll die Möglichkeit zur Erweiterung bekommen. Die Stadt soll hier weiter planen, aber unter der Maßgabe, dass der ökologischen Ausgleich konkret mitgeplant und möglichst ortsnah umgesetzt wird. Hier müssen vor der Fassung von Beschlüssen konkrete Konzepte erarbeitet und vorgelegt werden.

Frau Wehrmann unterstreicht die Notwendigkeit der ortsnahen Kompensation. Ihre Fraktion wird der Vorlage zustimmen, um eine Planungssicherheit für die Firma NTF zu schaffen. Trotzdem muss die Stadt Melle zeitnah Vorschläge für die Umsetzung der noch ausstehenden und für künftige Kompensationsmaßnahmen machen. Um eine weitere Gewerbeansiedlung zu ermöglichen sind aus ihrer Sicht die Planungen mit einer größeren Erweiterungsfläche zu begrüßen.

Herr Bredenförder weist nochmals darauf hin, dass dieser Aufstellungsbeschluss am Anfang des Verfahrens steht und die genaue Flächengröße damit noch nicht festgelegt ist. In das weitere Verfahren wird der Ortsrat mit eingebunden, so dass hier die Möglichkeit für eine breite Diskussion und Prüfung besteht. Natürlich ist die Frage des ökologischen Ausgleichs mehr als berechtigt, denn eine Umsetzung ist bisher nicht erfolgt, da die hierfür ausgewiesenen Flächen tatsächlich nicht zur Verfügung stehen. Hier muss nach Alternativen gesucht werden, daher stimmt er der von Herrn Hunting vorgeschlagenen Vorgehensweise einer Zustimmung - verbunden mit der Hinweisgebung - zu.

Frau Görtz schließt sich den Ausführungen von Frau Thöle-Ehlhardt an und stimmt für die Schaffung der Erweiterungsmöglichkeit der Firma NTF, aber die größere Flächenerweiterung lehnt sie, gerade auch im Hinblick auf die fehlenden Kompensationsmaßnahmen, ab.

Frau Thöle-Ehlhardt stellt folgenden Antrag: Es wird der Beschluss gefasst, dass der Erweiterung der Firma NTF zugestimmt wird. Eine weitere Beplanung dieses Gewerbegebietes erfolgt nur dann, wenn die Stadt konkret und ortsnah den Ausgleich nachweist, der parallel zu weiteren Beschlüssen umgesetzt wird.

Frau Rolle unterstützt den Antrag von Herr Hunting, um die weitere Gewerbeansiedlung zu ermöglichen.

Herr Hunting verdeutlicht den weiteren Verfahrensablauf und zeigt auf, dass sich der Planungsausschuss am 5.7.19 mit dieser Vorlage befasst. Im Hinblick auf die Ausweitung über die Landschaftsschutzgrenzen hinaus, gibt es auch dort in den Fraktionen Diskussionen. Er plädiert dafür, den Beschluss – entsprechend der Vorlage - mit den gemachten Anmerkungen nach Melle zu geben, damit diese in der Ausschusssitzung mit gewürdigt werden.

Ortsbürgermeister lässt über den vorliegenden Beschlussvorschlag einschließlich der Aufnahme und Weiterleitung der Ergänzungen bzw. Anmerkungen abstimmen.

## **Beschlussvorschlag**

Die Aufstellung des Bebauungsplans „Erweiterung Gewerbepark Buer“, in Melle-Buer wird beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Der Ortsrat empfiehlt den Beschlussvorschlag mit folgenden Anmerkungen:

- Der ökologische Ausgleich für das Erweiterungsgebiet soll in unmittelbarer Nähe des Planungsraumes erfolgen.
- Der Ausgleich der noch offenen Kompensationsanforderungen aus dem bestehenden Bebauungsplan soll ebenfalls in unmittelbarer Nähe des Planungsraumes stattfinden.

### **TOP 7      16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Melle im Bereich "Buersches Feld", Melle-Buer - Aufstellungsbeschluss Vorlage: 2019/0055**

Ortsbürgermeister lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

## **Beschlussvorschlag**

Der Ortsrat empfiehlt den folgenden Beschlussvorschlag:

Die Aufstellung zur 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Melle im Bereich „Buersches Feld“, in Melle-Buer wird beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

### **TOP 8      Bebauungsplan "Wohnpark Groenen Feld - 1. Änderung", Melle-Buer - Aufstellungsbeschluss Vorlage: 2019/0170**

Ortsbürgermeister befindet sich im Mitwirkungsverbot und nimmt im Zuhörerbereich platz. Herr Holzgräfe übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Reuschel erläutert das Thema anhand einer Powerpoint-Präsentation. Hierbei handelt es sich um eine Bebauungsplanänderung verbunden mit der veränderten und abschließenden Umsetzung der noch ausstehenden Kompensationsmaßnahmen. Diese sollen z. T. an externen Standorten vorgenommen werden. Ein Konzept, aufgestellt von einem Landschaftsplanungsbüro, wurde dem Umweltamt der Stadt Melle sowie der unteren Naturschutzbehörde beim Landkreis Osnabrück vorgelegt und beide Seiten haben dieses als vertretbar angesehen. Er erläutert detailliert das bauplanungsrechtliche Verfahren.

Herr Holzgräfe bedankt sich bei Herrn Reuschel, gibt die Möglichkeit zur Fragestellung und stellt die Beschlussvorlage zur Diskussion.

Frau Thöle-Ehlhardt stellt die Frage nach der Gesamtzahl der ökologischen Werteinheiten und dem bestehenden Defizit. Sie weist darauf hin, dass das angesprochene Konzept des Landschaftsplaners den Ortsratsmitgliedern nicht vorliegt.

Herr Reuschel kann hierzu keine konkreten Zahlen benennen und bei dem Konzept handelt es sich um einen Entwurf, der noch in einen Umweltbericht umgewandelt werden muss. Dann wird er im weiteren Planungsverfahren, gemeinsam mit dem gesamten Planungsunterlagen, veröffentlicht.

Frau Rolle stellt die Frage nach einem verbindlichen Termin und ob dieser in dem zu schließenden Vertrag festgelegt wird.

Herr Reuschel erläutert die gesetzliche Regelung, dass die Kompensation unverzüglich durchzuführen ist. Es ist aber durchaus möglich, in dem Vertrag verbindliche Zeiträume festzulegen.

Herr Hunting zeigt sich erfreut, dass durch das Nachfassen seiner Fraktion in der letzten Sitzung nach 23 Jahren Bewegung in die Angelegenheit kommt. Er beziffert die Gesamtpunktzahl mit 56.000 und das Defizit auf 19.000 Punkte. Er findet es ebenfalls bedauerlich, dass zu der vorliegenden Planänderung die alternativ vorgesehenen Flächen nicht mit veröffentlicht sind. Seine Fraktion stimmt dem Aufstellungsbeschluss zu, aber wiederum mit entsprechenden Hinweisen:

In dem weiteren Planverfahren muss die Darstellung aller Kompensationserfordernisse und der Stand der Abwicklung aus dem bestehenden Bebauungsplan einschließlich Grünordnungsplan erfolgen.

Alle erschließungsvertraglichen Details, die sich aus einer möglichen Planänderung ergeben, müssen geklärt und ausgetauscht werden.

Eine detaillierte Darstellung der neuen Kompensationsflächen mit konkretem Zeitplan und rechtlicher Absicherung wird gefordert.

Es ist eine Regelung zu der Inanspruchnahme der ökologischen Werteinheiten auf der stadteigenen Fläche Buer 7, Blatt 15/11 zu treffen.

Frau Thöle-Ehlhardt nimmt für ihre Fraktion Stellung, weist nochmals auf die seit 23 Jahren vertraglich geregelte und festgelegte Kompensationspflicht hin und bringt ihr Erstaunen zum Ausdruck, das hierüber noch diskutiert werden muss. Sie stellt die Frage, was den Eigentümer seit 23 Jahren daran hindert, dieser vertraglichen Verpflichtung nachzukommen. Das Konzept für die Alternativflächen liegt ihr nicht vor und der fehlende ökologische Ausgleich im gesamten Ortsteil macht sie mittlerweile ungeduldig. Sie hat den Eindruck, dieser wird von einigen Stellen nicht ernstgenommen. Wichtig ist, die Kompensation auch ortsnah durchzuführen, um die Natur für den Ort zu erhalten. Ohne weitergehende Informationen wird ihre Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Bredenförder stimmt ihr zu, dass der zeitliche Rahmen und die Wertigkeit des Themas ökologischer Ausgleichs von einigen Stellen bisher nicht ernstgenommen wurde. Aus seiner Sicht steht die Stadt Melle im Vergleich zu anderen Kommunen aber sehr gut da. Er weist Frau Thöle-Ehlhardt darauf hin, dass sie eine Antwort auf die ganzen Fragen nicht erhält, wenn sie dem Aufstellungsbeschluss nicht zustimmt. Der Eigentümer und die Stadt Melle haben festgestellt, dass die abschließende Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen die Änderung des Bebauungsplanes erforderlich macht und dem Umweltbüro der Stadt Melle als auch der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises liegt ein prüffähiges Konzept vor. Dieses wird sachlich und ökologisch für sinnvoll erachtet. Wenn der Ortsrat dem Aufstellungsbeschluss zustimmt, wird er in das weitere Planungsverfahren eingebunden und erhält die Information zur Bewertung und Prüfung. Er verlässt sich da auf die Experten in den Behörden. Seine Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Frau Thöle-Ehlhardt nimmt direkt Stellung und erklärt, dass sie ihre Funktion als gewähltes Ortsratsmitglied nur verantwortungsvoll ausüben kann, wenn ihr alle Informationen und Planungsunterlagen vorliegen. Ohne diese kann sie keine Entscheidung treffen. Zu sagen, wenn sie zustimmt, dann wird sie Kenntnis über die Unterlagen und Informationen bekommen, stellt für sie eine sanfte Art von Nötigung dar. Nach diesem langen Zeitraum von 23 Jahren wird sie ihre Zustimmung nur geben, wenn alle Detailfragen, insbesondere auch der zeitliche Ablauf, geklärt sind.

Herr Bredenförder merkt an, dass es ihr eher um die inhaltlichen Informationen geht. Diese fließen nachher in eine Beschlussvorlage ein und der Ortsrat wird dann entscheiden, ob er diese für richtig oder falsch erachtet.

Herr Hunting wiederholt seine Zustimmung und verweist auf die künftigen Gelegenheiten des Ortsrates zu dem Verfahren Stellung zu nehmen. Sollten dann die beteiligten Gremien mit der Lösung nicht einverstanden sein, kommt es auch nicht zu dieser Bebauungsplanänderung.

### **Beschluss:**

Die Aufstellung des Bebauungsplans „Wohnpark Groenen Feld – 1. Änderung“, in Melle-Buer wird beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Der Ortsrat empfiehlt den Beschluss mit folgenden Anmerkungen:

In dem weiteren Planverfahren muss die Darstellung aller Kompensationserfordernisse und der Stand der Abwicklung aus dem bestehenden Bebauungsplan einschließlich Grünordnungsplan erfolgen.

Alle erschließungsvertraglichen Details, die sich aus einer möglichen Planänderung ergeben, müssen geklärt und ausgetauscht werden.

Eine detaillierte Darstellung der neuen Kompensationsflächen mit konkretem Zeitplan und rechtlicher Absicherung wird gefordert.

Es ist eine Regelung zu der Inanspruchnahme der ökologischen Werteinheiten auf der stadteigenen Fläche Buer 7, Blatt 15/11 zu treffen.

### **TOP 9      Straßenumstufung Buer -Sachstand Vorlage: 2019/0134**

Ortsbürgermeister übernimmt die Sitzungsleitung.

Frau Wehrmann verweist auf die Informationsvorlage. Es hat bisher noch keine Begutachtung und Bewertung der Straßen durch das Land stattgefunden. Die Umsetzung der Umstufung kann jedoch nur einmal jährlich, zum Ende des Jahres, erfolgen. Den Aussagen in der noch kurzfristig eingereichten Änderung der Vorlage entnimmt sie, dass mit einer Bearbeitung erst Anfang 2020 zu rechnen ist. So wird die Umsetzung frühestens zum 31.12.2020 vollendet sein. Das ist aus ihrer Sicht sehr traurig, denn viele weitere Planungsmaßnahmen für den Ort sind mit dieser Umstufung verbunden. Mit den Planungen wurde bereits im Jahr 2013 begonnen. Weiter erfolgt in der Vorlage auch ein Hinweis auf die Anliegerbeteiligung. Sie bekräftigt nochmals die mehrfach im Ortsrat gemachten Aussagen, dass bei diesem maroden Straßenzustand und der starken Beeinträchtigung der Anlieger, diese nicht noch mit Beitragszahlungen belastet werden dürfen.

Frau Rolle pflichtet ihr bei. Aus ihrer Sicht ist die Vorlage wenig aussagekräftig. Die abschließende Umsetzung der Maßnahme ist nur noch von dem Besuch eines Mitarbeiters aus Hannover abhängig und diese Zeitverzögerung ist für sie unverständlich und ärgerlich. Hier sollte erneut der Unwille des Ortsrates zum Ausdruck gebracht werden.

Auch Frau Thöle-Ehlhardt zeigt sich verärgert über diese Entwicklung. Somit ist eine weitere Gestaltung der Verkehrsberuhigung im Ort und die damit verbundene Verbesserung der Infrastruktur derzeit nicht möglich. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Problem mit der hier deutlich werdenden Ungerechtigkeit von Straßenausbaubeiträgen. Dies nimmt sie zum Anlass, die Stadtratsmitglieder erneut aufzufordern, die Aufrechterhaltung der Straßenausbaubeitragssatzung zu überdenken.

Herr Bredenförder merkt an, dass sich die Mitglieder im Stadtrat mit dem Thema Straßenausbaubeitragssatzung auseinandersetzen. Die Ungerechtigkeit in diesem Fall ist, dass durch den Straßentausch Anlieger, die jahrelang mit vielen Belastungen an einer maroden Landesstraße wohnen, mit Beitragszahlungen belastet werden sollen. Wichtig ist, dass die Straßen saniert werden und die Bürger zufrieden sind. Er weist in diesem Zusammenhang auf den desolaten Zustand des Nordringes hin; hierbei handelt es sich um eine Stadtstraße. Aber auch innerhalb des Ortes befinden sich zahlreiche Landesstraßen in einem äußerst schlechten Zustand. Die Landesstraßenbaubehörde in Osnabrück hat es bisher nicht geschafft einen Bewertungstermin stattfinden zu lassen. Hier ist die klare Forderung zu stellen, diesen Termin zeitnah durchzuführen.

Herr Hunting stellt heraus, dass im Kreistag bereits die Weichen gestellt und die nach seiner Ansicht richtigen Aussagen getroffen wurden, erst die Straßen umzustufen, damit dann die Stadt die Planung aufnehmen kann. Die Diskussion um die Straßenausbaubeiträge hält er

für vorgeschoben. Er stellt die Frage, welche Behörde denn konkret im Jahr 2020 mit der Planung beginnt und selbst wenn im dem Jahr die Planung aufgenommen wird, kann die Umstufung wahrscheinlich erst zum Ende 2021 erfolgen. Diese Angelegenheit entwickelt sich mittlerweile zu einer Posse. Der Ortsrat sollte hier deutlich zum Ausdruck bringen, dass er mit dem hier vorgeschlagenen Verfahren nicht einverstanden ist. Die Stadt muss zeitnah die Verhandlungen mit der Landesstraßenbaubehörde aufnehmen, um eine weitere Verzögerung zu verhindern.

Der nachfolgende Sachverhalt wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben. Der Ortsrat nimmt die Informationsvorlage zur Straßenumstufung Buer – Sachstand zur Kenntnis.

## **TOP 10 Bericht zur weiteren Vorgehensweise**

### **TOP 10.1 Zum Projekt "barrierefreie Kirchhofsburg"**

Ortsbürgermeister verweist auf die schriftliche Vorlage von Herrn Große-Johannböcke. Herr Hunting berichtet über seine Teilnahme an der Steuerungsgruppensitzung ILE. Hier wurde die Aussage getroffen und vereinbart, dass die Stadt Melle den Antrag „Barrierefreie Kirchhofsburg“ für den neuen Förderzeitraum 2020 nochmals überarbeiten und stellen soll. Dieser soll sowohl an den Fördertopf „Basisdienstleistungen kommunale Dienstleistungen“ sowie „Ländliche touristische Entwicklung“ gerichtet werden. Geklärt wird in dieser Woche außerdem, ob das Projekt „Boulbahn“ - aufgrund nicht in Anspruch genommener Mittel - noch realisiert werden kann.

Herr Bredenförder signalisiert volle Zustimmung und sieht diese Maßnahme als sehr sinnvoll an, um den Ortsmittelpunkt „Kirchhofsburg“ attraktiv zu erhalten.

Herr Holzgräfe unterstreicht die Wichtigkeit des Projektes für die Kommune sowie für die Kirchengemeinde und es muss ein deutliches Votum für den barrierefreien Ausbau gegeben werden.

### **TOP 10.2 Zur Enderschließung der Tittingdorfer Straße**

Frau Wehrmann und Herr Bredenförder unterstützen das Anliegen von Herrn Buermann verbunden mit der Bitte an die Stadt Melle, die Anlieger zeitnah und umfassend im Rahmen eines Ortstermins aufzuklären. Hier ist eine detaillierte Information der Bürger, gerade auch im Hinblick auf die Kostenstruktur und den weiteren Ablauf, wünschenswert.

### **TOP 10.3 Zur Radwegeplanung zum Lückenschluss im Huntetal**

Herr Hunting verteilt eine planerische Darstellung und zeigt das fehlende Teilstück des Radweges mit einer Länge von 300 m auf. Die Situation für die Radfahrer ist dort unerträglich und gefährlich. Der Lückenschluss ist in der Prioritätenliste nicht oben angesiedelt, aber er sieht aus touristischer Sicht eine Notwendigkeit des Ausbaus. Es gibt nur zwei Durchbrüche für Radfahrer durch das Wiehengebirge. Das Huntetal ist eine dieser wesentlichen Querungsmöglichkeiten und der Ortsrat sollte daher die Stadt Melle auffordern, mit allen möglichen Mitteln zu versuchen, dieses Radwegeteilstück zu realisieren. Eine Abwicklung über das ILE-Programm ist aufgrund nicht verfügbarer Grundstücke ausgeschlossen. Eine denkbare Alternative ist die Führung entlang der Hunte; auch hierüber muss nachgedacht werden. Die neue Tourismusmanagerin, Frau Fiedler, hat ihm ebenfalls ihre Unterstützung zugesagt. Er bekräftigt seinen Appell an die Stadt Melle hier weiter tätig zu werden und eine Lösung zu finden.

Diesem Appell schließt sich Herr Gromm an und unterstreicht die Gefahr für Radfahrer diesem Bereich.

**TOP 11 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr  
Markendorf  
Vorlage: 2019/0067**

Ortsbürgermeister verliest die Beschlussvorlage und lässt darüber abstimmen.

**Beschlussvorschlag**

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Markendorf wird

**Herr Andreas Hafer**

unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.07.2019 bis zum 30.06.2025

**zum Ortsbrandmeister**

der Ortsfeuerwehr Markendorf

ernannt.

**TOP 12 Finanzierungsantrag Netzwerk Jugendhaus Buer e.V.**

Frau Thöle-Ehlhardt befindet sich im Mitwirkungsverbot.

Ortsbürgermeister verweist auf den vorliegenden Finanzierungsantrag des Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. und lässt darüber abstimmen.

Der Ortsrat beschließt einstimmig die Weiterbewilligung der Entschädigungszahlung in Höhe von 300,00 Euro.

**TOP 13 Antrag auf Straßenumbenennung des Herrn Meyer zu  
Tittingdorf**

Ortsbürgermeister erläutert den Antrag von Herrn Meyer zu Tittingdorf und verweist auf die Begründung.

Herr Bredenförder gibt die Information, dass die Umbenennung noch keine Auswirkung auf das Baugebiet hat. Der Zeitpunkt für die Änderung ist noch rechtzeitig und daher sieht er kein Problem dem Antrag zuzustimmen.

Ortsbürgermeister lässt über diesen Antrag abstimmen.

Der Ortsrat beschließt einstimmig den Beschluss zur Vergabe des Straßennamens „Blanke Mühle“ aufzuheben und durch einen neuen Namen zu ersetzen.

Die neue Straßenbezeichnung lautet: An der Blanken Mühle

**TOP 14 Aufstellen eines Verkehrsspiegels im Einmündungsbereich  
Theodor-Heuss-Straße**

Frau Rolle begründet den Antrag mit der Eingabe einiger Bürger, dass der Einmündungsbereich Theodor-Heuss-Str./Barkhausener Str. für Fahrradfahrer und Autofahrer sehr unübersichtlich und gefährlich ist. Ihre Fraktion hat den Wunsch, dass die

Verkehrsschaukommission vor Ort die Situation begutachtet und dort ggf. ein Verkehrsspiegel aufgestellt wird.

Frau Wehrmann stimmt dieser Aussage zu. Hier führt der Schulweg lang und sie bittet außerdem darum, dass auf dem markierten Streifen auf der Theodor-Heuss-Str. - im unteren Bereich - die rote Farbe erneuert wird.

Frau Thöle-Ehlhardt bittet in diesem Zusammenhang, dass die Verkehrsschaukommission auch den Einmündungsbereich Hilgensele/Osnabrücker Str. überprüft und dort ebenfalls ein Spiegel installiert wird.

Der Ortsrat empfiehlt einstimmig, die Verkehrsschaukommission bzw. das Ordnungsamt mit der Prüfung und ggf. Aufstellung eines Verkehrsspiegels im Kreuzungsbereich „Theodor-Heuss-Str./Barkhausener Str. zu beauftragen. In diesem Kreuzungsbereich ist die rote Fahrbahnmarkierung im unteren Bereich der Theodor-Heuss-Str. zu erneuern. Ebenfalls wird die Prüfung und ggf. Aufstellung eines Verkehrsspiegels für den Kreuzungsbereich Hilgensele/Osnabrücker Str. beauftragt.

## **TOP 15 Abgrenzung der Rechte und Pflichten von Ortsrat und Ortsbürgermeister gemäß §92 und §93 NkomVG**

Frau Rolle führt aus, dass einige Vorkommnisse bei ihrer Fraktion/Gruppe sowie bei der UWG-Fraktion zu Irritationen geführt haben. Daher wurde eine Anfrage bei der Stadt wegen der mehrfachen Überschreitung der Kompetenz des Ortsbürgermeisters und Verletzung der Verschwiegenheitspflicht gestellt. Eine endgültige Stellungnahme der Stadt steht noch aus. Das Vertrauen ist derzeit von Seiten ihrer Fraktion erheblich gestört.

Frau Görtz ergänzt die Aussage und nennt einige Beispiele zur Verdeutlichung.

Es handelt sich um:

- die unabgestimmte Darstellung von Sachverhalten und Absprachen mit übergeordneten Behörden (u.a. Bereich Autobahnzubringer in Wetter),
- die eigenmächtige und unabgestimmte Durchführung von repräsentativen Veranstaltungen,
- die öffentliche Darstellung von Sachverhalten aus nicht öffentlichen Sitzungen und
- die unabgestimmte und sachlich unrichtige Presseerklärung zu Ortschaftsbelangen und Ortsratsarbeit.

Sie zitiert § 92 NKomVG und weist darauf hin, dass es die einzige Aufgabe des Ortsbürgermeisters ist, die Ortsratssitzung zu leiten und in Abstimmung mit dem Hauptverwaltungsbeamten zu den Sitzungen einzuladen. Er ist – wie alle anderen Ortsratsmitglieder - mit den gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet. Nicht mehr und nicht weniger. Aufgaben der Repräsentation hat er formell nur, wenn der Ortsrat ihn damit beauftragt. Ein derartiger Beauftragungsbeschluss des Orsrates liegt nicht vor. Deshalb wird von Ihrer Fraktion/Gruppe sowie von der UWG-Fraktion folgender Antrag gestellt:

Der Ortsrat Buer beschließt die Abgrenzung und zwingende Einhaltung der Rechte und Pflichten von Ortsrat und Ortsbürgermeister gemäß § 92 und § 93 NKomVG. Die Zuständigkeit zur Vertretung der Interessen der Ortschaft gemäß § 93 NKomVG hat der Ortsrat, nicht der Ortsbürgermeister. Das betrifft zum Beispiel auch die Vertretung der Belange der Ortschaft im Außenverhältnis, repräsentative Aufgaben und die öffentliche Darstellung von Ortschaftsbelangen und Ortsratstätigkeit. Unter Anwendung der vorgenannten Bestimmung beschließt der Ortsrat, dass er künftig als Kollegialorgan die Repräsentation selbst übernimmt.

Frau Wehrmann bringt ihre Enttäuschung zum Ausdruck. Seit über 40 Jahren übernimmt der Ortsbürgermeister die Vertretung des Orsrates und die repräsentativen Aufgaben. Eine Anfrage in der vorbereitenden Ortsratssitzung, was dieser Tagesordnungspunkt beinhaltet, blieb unbeantwortet. Ihre Fraktion hat den Antrag nicht erhalten und wusste nicht, was in der Sitzung thematisiert wird. Dieses ist eine unübliche Handlungsweise. Sie hat sich ebenfalls in die Materie eingelese und merkt an, dass sie sich lieber um den Ort Buer kümmern würde.

Aus den Kommentaren zu §§ 92 und 93 NKomVG liest sie, dass üblicherweise der Ortsrat durch den gewählten Ortsbürgermeister vertreten wird. Es sei denn, es gibt einen anderen Beschluss. Ein derartiger Beschluss muss aus ihrer Sicht von der Stadt Melle gefasst werden, da Belange betroffen sind, die dieser überörtlichen Regelung bedürfen. Die Stadt Celle hat eine Richtlinie für die Ortsratsarbeit erstellt, in der eine klare Abgrenzung der Aufgaben definiert ist. In § 95 NKomVG steht, dass der Ortsbürgermeister die Hilfsfunktion für die Gemeinde erfüllt und in ein Ehrenbeamtenverhältnis berufen wird. Sie stellt die Frage nach der praktischen Umsetzung. Für sie ist es moralisch schwierig und bedenklich. Es stellt quasi ein Berufsverbot dar.

Ortsbürgermeister befindet sich im Mitwirkungsverbot und übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Holzgräfe.

Frau Görtz unterstreicht, dass sich durch die Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse eine andere Ausgangslage ergeben hat. Problematisch sind die Kompetenzüberschreitungen in der Vergangenheit. Der Vorgang wurde im kleinen VA nicht angesprochen, da die Anfrage an die Stadt Melle zu dem Zeitpunkt noch nicht beantwortet gewesen ist.

Frau Thöle-Ehlhardt geht es in erster Linie um die Zusammenarbeit und den Umgang miteinander. Die Aussagen der CDU/FDP-Fraktion, alle Entscheidungen gemeinsam zu treffen, sind nicht zutreffend. Das zeigen insbesondere auch die Vorfälle bei der Erstellung der Tagesordnung vor der letzten Ortsratssitzung. Hier musste erst eine Klärung durch das Hauptamt der Stadt erfolgen. In der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck, dass durch die Äußerung einer anderen Meinung, ein Ortsratsmitglied schnell als „Querulant“ bezeichnet wird. Das ist ein Punkt, gegen den sie sich wehren möchte. Weiter stellt sich für sie die Frage, wie mit Pressearbeit umgegangen wird. Themen aus dem nicht-öffentlichen Teil einer Ortsratssitzung sind am gleichen Abend online zu lesen. Vertrauliche Informationen, die noch bei der Stadt zu verhandeln sind, dürfen nicht durch den Ortsbürgermeister in die Öffentlichkeit getragen werden. Ihre Nachfrage bei der Presse über die Berichterstattung der anderen Tagesordnungspunkte dieser Sitzung hat ergeben, dass sie diese nur tätig wird, wenn der Ortsbürgermeister auf sie zugeht. Das ist in diesem Fall nicht erfolgt. Insgesamt stellt sie sich so eine kooperative Zusammenarbeit nicht vor. Dies ist ein respektloser Umgang mit gewählten Ortsratsmitgliedern und es gibt nach der Veränderung der Situation durch die Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse von Seiten der CDU/FDP-Fraktion keine Bereitschaft aufeinander zuzugehen. Es wäre ein gutes Zeichen gewesen, durch Aufteilung der Funktionsstellen und den repräsentativen Aufgaben, nach außen die gemeinsame Verantwortung zu signalisieren.

Herr Bredenförder und Herr Holzgräfe gehen auf die Frage von Frau Wehrmann ein. Sie erkundigen sich ebenfalls, wie die Umsetzung einer kollektiven Vertretung in der Praxis konkret aussehen soll.

Frau Rolle schlägt vor, entsprechend dem ausgewogenen Verhältnis im Ortsrat, die Termine aufzuteilen. Gespräche mit der Stadt Melle sind Aufgabe des Ortsbürgermeisters. Bei Gesprächen mit der Presse sind vorab die Fraktionen über den Inhalt zu informieren. Auch sie weist nochmal auf den Presseartikel nach der letzten Ortsratssitzung hin, in dem vertrauliche Informationen weitergegeben wurden. Es kann beispielsweise ein Aufgabenkatalog mit einer entsprechenden Aufteilung der Aufgaben auf den Ortsbürgermeister und die Ortsratsmitglieder erstellt werden.

Herr Ewering bringt seinen Unmut über die Beleidigungen aus dem Zuhörerraum zum Ausdruck und bittet um Ruhe.

Herr Schlattmann nimmt Stellung zu den Vorwürfen und möchte wissen, ob es sich um Vermutungen handelt oder ob Frau Thöle-Ehlhardt weiß, dass diese Informationen vom Ortsbürgermeister weitergegeben wurden. Hier sitzen 15 gewählte Ortsratsmitglieder, die sich um die Belange des Ortes kümmern sollen. Diese benehmen sich wie kleine Kinder und hauen sich mit der Schuppe auf den Kopf. Dieses Verhalten ist aus seiner Sicht abartig. Jedes Ortsratsmitglied hat Rechte und Pflichten und jeder kann an allen Veranstaltungen, wo der Ortsrat geladen ist, teilnehmen. Wird ein Vertreter eingeladen, nimmt der gewählte

Vertreter des Orsrates – der Ortsbürgermeister oder Vertreter – den Termin wahr. Die Mitglieder des Orsrates sind nicht immer gleicher Meinung, verfolgen das aber das gemeinsame Ziel, den Ort zu vertreten und voranzubringen. Sich jetzt an Gesetzestexten festzuklammern und dem gewählten Vertreter die Unterstützung zu versagen, ist eine traurige Entwicklung. Die Grundlage für die Ortsratsarbeit ist das NKomVG; noch wichtiger für die Arbeit in den kommunalen Gremien sind die bestehende Hauptsatzung und die Geschäftsordnung der Stadt Melle, in der alle Details geregelt sind. Die Gesamtsituation ist geklärt, wenn es Änderungswünsche gibt, muss das über die Stadt Melle laufen und die Geschäftsordnung entsprechend geändert werden. Wenn Unzufriedenheit da ist, können jederzeit vernünftige Gespräche geführt werden, aber die vorrangige und wichtigste Aufgabe des Orsrates ist es, sich um die Belange des Ortes zu kümmern.

Auch für Herrn Bredenförder steht der Bürger an erster Stelle und bei allen Diskussionen ist der Ruf des Orsrates in der Öffentlichkeit zu beachten. Er ist dankbar aus den getätigten Aussagen den Grund für den Antrag zu erfahren. Er merkt an, dass sich möglicherweise einige Mitglieder mit der Situation, die nach der Kommunalwahl und der konstituierenden Sitzung entstanden ist, auch nach 3 Jahren nicht abfinden können. Bei der geäußerten Kritik stellt sich für ihn die Frage, wie in der Wahlperiode davor mit solchen Situationen umgegangen wurde. Auch hier gab es einige unschöne Situationen, wie Ortsbürgermeister und Stellvertreter mit Fraktionen und Gruppen, die nicht in der Mehrheit waren, umgegangen sind. Hier wurden bei einigen Themen Ortsratsmitglieder oder sogar ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt. Er stellt die Frage nach der Ernsthaftigkeit solcher Eingaben, sieht aber auch eine Notwendigkeit, z. B. die Frage der Verletzung der Verschwiegenheitspflicht nach dem veröffentlichten Presseartikel zu klären. Themen wie eine Klärung dieser Frage, Äußerung von Unzufriedenheit und von Veränderungswünschen gehören für ihn in den kleinen VA bzw. in die Arbeitskreise. Dort kann alles besprochen werden. Unglücklich ist, wenn diese Angelegenheiten und die Kritik am Ortsbürgermeister in Anwesenheit der Öffentlichkeit bzw. der Presse hervorgehoben und diskutiert werden. Er ist seit 2011 Ortsratsmitglied und hat selten so einen guten Informationsaustausch wie derzeit erlebt. Für ihn leistet der Ortsbürgermeister sehr gute Arbeit. Er signalisiert die Bereitschaft für ein gemeinsames Gespräch außerhalb der Öffentlichkeit, in dem jedes Ortsratsmitglied seine Wünsche und Meinungen äußern kann und eine Einigung herbeigeführt wird. Die gute Weiterentwicklung des Ortes Buer, an der alle Ortsratsmitglieder beteiligt sind, sollte aufgrund derartiger Vorkommnisse nicht leiden.

Frau Wehrmann unterstreicht diese Aussage und betont, dass es in Buer immer schon wechselnde oder keine Mehrheiten im Ortsrat gegeben hat. Sie wünscht sich das Gespräch, die Akzeptanz der jetzigen Situation und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Frau Rolle widerspricht Herrn Schlattmann dahingehend, dass es keinesfalls die Absicht ist, Herrn Finke-Gröne als Ortsbürgermeister abzusetzen. Den Vorwurf, gerade von Herrn Bredenförder, dass ihre Fraktion/Gruppe die Öffentlichkeit sucht, lässt sie unkommentiert. Im kleinen VA sind nicht alle Ortsratsmitglieder vertreten und die Angelegenheit geht alle an. Sie möchte öffentlich, im Beisein aller Mitglieder, die vorgefallenen Kompetenzverletzungen ganz sachlich diskutieren, um künftig derartige Vorkommnisse auszuschließen und eine verlässliche Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Herr Hunting greift die Äußerung von Herrn Bredenförder auf, dass der damalige Ortsbürgermeister und die Stellvertreterin Ortsratsmitglieder oder sogar ganze Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen haben und bezeichnet sie als Blödsinn. Es bedarf keiner weiteren Kommentierung und Herr Bredenförder hat dieses Thema seinerzeit aus Wahlkampfgründen intensiv verfolgt und dass er jetzt wieder darauf eingeht, ist erbärmlich. Der konkrete Anlass ist die Weitergabe vertraulicher Informationen aus der nicht-öffentlichen Sitzung. Er wurde von Bürgern angesprochen, wann die Bauarbeiten für dieses neue Baugebiet beginnen und dass, wo bisher planungsrechtlich noch keinerlei Beschlüsse gefasst wurden. Eine solche Vorgehensweise kann nicht geduldet werden und das wird jede Bürgerin und jeder Bürger verstehen. Ebenso verhält es sich mit der Angelegenheit Autobahnzubringer Wetter. Hier müssen sich die Ortsratsmitglieder rechtfertigen, wenn der Ortsbürgermeister Hirngespinnste gegenüber der Bevölkerung äußert. Das geht nur, wenn sie

im zuständigen Gremium besprochen und entschieden wurden. Er wünscht, dass über den Antrag abgestimmt wird. Detailfragen sind in weiteren Gesprächen zu klären.

Für Herrn Ewering geht es um vertrauensvolle Zusammenarbeit und darum, dass er aus dem Zuhörerraum nicht aufgrund parteipolitischer Einstellungen angegriffen wird. Ihm missfällt es, dass aus den Zuhörerreihen Kommentare gemacht werden, die ihn an einer weiteren Sitzungsteilnahme hindern.

Herr Schlattmann möchte zu den Ausführungen von Herrn Hunting Stellung nehmen. Seine Bezeichnung der Aussagen als Hirngespinnste ist aus seiner Sicht eine Schmach und auch die Bemerkungen zu den Ausführungen von Herrn Bredenförder in Bezug auf den Wahlkampf sind überflüssig. Die Wahl ist vorbei und ordnungsgemäß gelaufen. Wenn Herr Hunting solche Bemerkungen in den Raum stellt, muss er mit Gegenwind rechnen und derartige Halbwahrheiten zu äußern ist nicht in Ordnung. Für ihn ist es sehr bedenklich, wenn in solcher Weise argumentiert wird.

Herr Ewering bittet darum, beim Thema zu bleiben.

Herr Bredenförder stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Diskussion.

Herr Holzgräfe möchte seine persönliche Meinung einbringen und greift die Anmerkungen von Frau Rolle und Frau Wehrmann auf. Vorschlag ist die Durchführung einer gesonderten Ortsratssitzung oder eine Verlegung der Diskussion in die nächste Sitzung mit zeitlicher Begrenzung. Wichtig ist, dass alle Ortsratsmitglieder teilnehmen, auf sachlicher Ebene diskutieren und gemeinsam ein Ergebnis finden. Er möchte hierüber abstimmen lassen.

Frau Rolle verweist auf den von den Fraktionen gestellten Antrag. Hierüber ist erst abzustimmen.

Herr Holzgräfe erwidert, dass seiner Fraktion weder der Antrag noch irgendwelche Informationen vorgelegen haben und trotzdem abgestimmt werden soll. Das sieht er als sehr schwierig an.

Frau Rolle konkretisiert den Antrag dahingehend, dass der Ortsrat – einschließlich des Ortsbürgermeisters – sich einigt, welche Belange von wem vertreten werden, bzw. wer welche Kompetenzen hat.

Aus Sicht von Herrn Holzgräfe hieße das für Buer eine Extraregelung, u. U. die Notwendigkeit der Weitergabe an die Stadt Melle, damit von dort aus die Aufgabenverteilung im Ortsrat neu definiert wird.

Laut Frau Thöle-Ehlhardt liegt hier ein konkreter Antrag vor, der öffentlich vorgetragen wurde und somit kann abgestimmt werden. Dieser Beschluss muss dann die Aufforderung zu weiteren Gesprächen sein, da sich eine große Gruppe im Ortsrat nicht an der Gestaltung der Ortsratsarbeit und bei Repräsentation beteiligt fühlt.

Herr Schlattmann verweist nochmal auf die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung der Stadt Melle. Der Ortsrat kann diese nicht ändern. Eine Veränderung kann nur über das Hauptamt durch die Stadt Melle erfolgen.

Herr Bredenförder weist auf seinen Antrag zur Geschäftsordnung und auf das Ende der Diskussion hin.

Frau Rolle liest den Antrag erneut vor und Herr Holzgräfe lässt über den Antrag abstimmen.

Ortsbürgermeister übernimmt die Sitzungsleitung.

Der Ortsrat beschließt die Abgrenzung und zwingende Einhaltung der Rechte und Pflichten von Ortsrat und Ortsbürgermeister gemäß § 92 und § 93 NKomVG. Die Zuständigkeit zur Vertretung der Interessen der Ortschaft gemäß § 93 NKomVG hat der Ortsrat, nicht der Ortsbürgermeister. Das betrifft zum Beispiel auch die Vertretung der Belange der Ortschaft im Außenverhältnis, repräsentative Aufgaben und die öffentliche Darstellung von Ortschaftsbelangen und Ortsratstätigkeit. Unter Anwendung der vorgenannten Bestimmung beschließt der Ortsrat, dass er künftig als Kollegialorgan die Repräsentation selbst übernimmt.

## TOP 16    Berichte aus den Arbeitskreisen

Herr Gromm teilt mit, dass der Arbeitskreis Straßen, Wege und Gewässer nicht getagt hat. Frau Wehrmann erklärt, der Arbeitskreis Dorfentwicklung und Umwelt hat ebenfalls nicht getagt. Herr Kath berichtet, dass der Arbeitskreis Veranstaltungen, Kultur und Integration am 22.07. tagt. Die Einladung folgt. Frau Thöle-Ehlhardt teilt mit, dass der Arbeitskreis Sport, Bildung und Soziales nicht getagt hat.

## TOP 17    Wünsche und Anregungen

Frau Rolle spricht die Wartesituation im Bürgerbüro an. Die Bürger sind voller Unverständnis, warum sie in dem kleinen Flur, unter Umständen auch draußen, warten müssen. Sie stellt die Frage, ob hier nicht Abhilfe geschaffen werden kann (z. B. durch Öffnung des Tagungsraumes oder die Installation einer Wand im Büro). Für sie werden allgemein die Vorschriften für den Datenschutz übertrieben und es ist eine unwürdige und beschämende Situation für ein Bürgerbüro, wenn die Bürger in einem kleinen Flur warten müssen. Sie macht dem Bürgerbüro hier keinen Vorwurf.

Frau Kath erläutert, dass sie seit Jahren versucht, eine Trennwand im Büro einbauen zu lassen. Bis heute ist eine Durchführung durch das Gebäudemanagement nicht erfolgt. Aufgrund der Bürgerbeschwerden ist sie verstärkt an die Verwaltung herangetreten, hier eine Lösung zu finden. Angebote liegen dem Gebäudemanagement vor, warum keine abschließende Entscheidung getroffen wird, weiß sie nicht. Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist es notwendig, dass die Bürger derzeit vor der Tür warten müssen.

Frau Thöle-Ehlhardt stellt die Frage, ob das von Herr Mallon zugesagte Bodengutachten für das Grundstück Wente dem Ortsrat vorliegt und nach dem Sachstand für die Erneuerung bzw. Installation der Ballfangzäune am alten Sportplatz.

Ortsbürgermeister antwortet, dass er in beiden Fällen keinerlei Informationen hat.

Frau Kath sagt zu, bei Herrn Elscher bezüglich der Ballfangzäune nachzufragen.

Ortsbürgermeister spricht die nächsten Sitzungstermine an:

Die nächste Ortsratssitzung findet am 10.09. statt. Vorbereitende Sitzung ist am 5.9.

Die letzte Sitzung im Jahr ist für den 27.11. terminiert. Vorbereitende Sitzung ist am 20.11.

Die Sondersitzung zur Klärung der Aufgabenverteilung im Ortsrat findet am 04.09. um 19.00 Uhr statt.

Er beendet die Sitzung um 21.54 Uhr.

---

Ortsbürgermeister  
(Datum, Unterschrift)

---

Bürgerbüroleisterin  
(Datum, Unterschrift)

---

Protokollführerin  
(Datum, Unterschrift)